

Die Sorgen der Beschäftigten hören und handeln:

Grün-Schwarz muss jetzt die wichtigen Themen dringend angehen

In Sachsen und Thüringen ist die rechtsextreme AfD bei den Landtagswahlen zu einer gewichtigen Kraft geworden. Dieser politische Donnerschlag darf die demokratischen Parteien in Baden-Württemberg nicht unberührt lassen. Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der auch im Land in Teilen rechtsextremen Partei ist vor allem für Grüne und CDU ein Fanal. Von beiden Regierungsparteien muss jetzt die Botschaft kommen: **Wir haben verstanden.**

Aus der Vertrauenskrise der etablierten Parteien darf keine Krise der Demokratie werden. Von den demokratischen Parteien braucht es jetzt Konzepte, wie sich unsere Demokratie erneuern und festigen lässt. Als Gewerkschaften haben wir die Konzepte, weil wir ein offenes Ohr für unsere Mitglieder haben.

Unser Land muss besser regiert werden!

Die Probleme der Menschen müssen von den Regierenden stärker gehört werden. Ihre Alltagsorgen rund um bezahlbares Wohnen, sichere Arbeitsplätze, verlässliche Kinderbetreuung und soziale Sicherheit müssen gelöst werden - konkret und erkennbar! Das ist die große Aufgabe der Ampel. Aber selbstverständlich muss auch die Landesregierung ihrer Verantwortung weit stärker als bisher gerecht werden.

Gegenwärtig treffen Wirtschaftsflaute, Stagnation auf dem Arbeitsmarkt und steigende Kurzarbeit auf immer mehr schlechte Nachrichten aus

den Unternehmen. Das Management in den großen Konzernen sagt den Belegschaften den Kampf an: Stellenabbau und Verlagerungen nehmen ein dramatisches Ausmaß an. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz im Ländle! Aber wir brauchen auch politischen Rückenwind.

Grüne und CDU schalten auf Wahlkampf um

Wie steht es angesichts dieser Probleme um den „Erneuerungsvertrag“, den Grüne und CDU 2021 abgeschlossen haben? Häufig entsteht der Eindruck, dass beide Parteien auf ihre Wiederwahl schielen, anstatt die drängenden Probleme zu lösen. Die Liste ist erschreckend lang:

- die stockende Energiewende
- die sprichwörtliche „Kitastrophe“
- der bruchstückhafte Ganztagesausbau
- die unzureichenden Krankenhausinvestitionen
- die schleppende Mobilitätswende
- der krass vernachlässigte soziale Wohnungsbau.

Die Lösung der Probleme ist mehr als halbherzig. Das wird so bleiben. Denn die CDU fordert eine „Ewigkeitsgarantie“ für die Schuldenbremse. Und die Grünen wollen den durch die Schuldenbremse eng gefassten Finanzrahmen nur punktuell erweitern, etwa für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur.

Gebrochene Versprechen bei der Tarifbindung

Das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, ein reformiertes Landestariftreuegesetz zu verabschieden, wurde still und heimlich begraben. Freuen dürfen sich die tariflosen Betriebe, die ihre tariftreue Konkurrenz bei öffentlichen Aufträgen weiterhin ausstechen dürfen. Es fließen weiter Steuergelder an Billiganbieter, weil Grün-Schwarz nicht bereit ist, Tariftreue zu belohnen. Der Sinkflug der Tarifbindung wird so nicht gestoppt. Nur noch jede/-r zweite Beschäftigte im Südwesten profitiert von einem Tarifvertrag. Von einem „Musterland für gute Arbeit“ – so das Leitbild der Koalitionäre – sind wir ein gutes Stück entfernt. Jede fünfte Vollzeit arbeitende Frau und jeder zehnte Mann sind arm trotz Arbeit. Sie verdienen weniger als 2.400 Euro brutto im Monat. Beste Jobaussichten für alle, wie [Work in THE LÄND \(thelaend.de\)](#) verspricht? Mitnichten.

Ein gerechtes Baden-Württemberg ist möglich

Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, ob sich Politik in launigen Marketingsprüchen erschöpft oder vor allem die Interessen der oberen Zehntausend vertritt. Die Beschäftigten mit Sprüchen wie „die Beschäftigten sind zu faul“, „Arbeiten bis 70 ist die Zukunft“, „die Rente mit 63 muss weg“ vor den Kopf zu stoßen, führt ebenfalls nur zu mehr Frustration. Das macht es den rechten Demagogen beim Stimmenfang leicht – auch wenn diese paradoxerweise den Sozialstaat noch stärker beschneiden wollen als etwa Union und FPD.

Die gute Botschaft: Eine sozial gerechte und zukunftsgerichtete Politik ist möglich! Sie ist eine Frage des politischen Willens. Wenn die Regierung nicht nur in Legislaturperioden denkt, wenn sie kluge, innovative Wege bei der Finanzierung öffentlicher Investitionen geht und vor allem

wenn sie die Themen soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stärke als zwei Seiten einer Medaille begreift. Die unsäglichen Debatten darüber, ob die Sanktionen beim Bürgergeld verschärft werden sollen, lenken nur ab von der wirklichen Verteilungsfrage:

Beteiligen sich die Superreichen ausreichend an der Finanzierung der dringend nötigen Zukunftsinvestitionen?

Wie lassen sich die immensen Defizite, die bei der Infrastruktur aufgelaufen sind, finanzieren?

Das gewerkschaftsnahe IMK und das arbeitgebernahe IW haben dazu eine [Studie](#) veröffentlicht. Ihr Fazit: Die Aufholjagd hin zu einem modernen und sozial gerechten Staat kann gelingen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Bundesländer, wobei the LÄND sogar eine gute Ausgangsposition hat.

Auf uns Gewerkschaften kommt es an!

Unser Leitbild ist ein sozial gerechtes Baden-Württemberg. Dazu gehören gute Arbeitsplätze mit fairen Entgelten. In den zurückliegenden Tarifrunden haben die Gewerkschaften steigende Reallöhne erkämpft, wie die [Hans-Böckler-Stiftung](#) ermittelt hat. Dies ist auch das Ziel für die anstehenden Tarifrunden, etwa in der Metall- und Elektroindustrie und im öffentlichen Dienst.

#BWgerecht

Was schlagen wir konkret vor?

- Wir kämpfen weiter für Tariftreue! Am 18. September gehen wir für gute Arbeit mit Tarifvertrag auf die Straße! Beim Thema

tariftreue Vergabe lassen wir die Landesregierung nicht vom Haken.

#tarifgerecht

- Der Ausbau der Ganztagesbetreuung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Dazu braucht es eine auskömmliche Finanzierung für alle Formen der Ganztagesbetreuung und kein dubioses Verlosungsverfahren. Außerdem braucht es einen Qualitätsrahmen für die verschiedenen Ganztagesangebote, der mit allen Beteiligten erarbeitet wird. Da gibt es Verbesserungspotenziale.

#bildungsgerecht

- Alle ausbildungsinteressierten jungen Menschen haben die Chance verdient, eine Ausbildung zu absolvieren. Eine duale Ausbildung ist die Eintrittskarte in ein erfolgreiches Berufsleben. An- und ungelernete Beschäftigte haben ein weit höheres Risiko, arbeitslos zu werden als Menschen, die eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben. Es ist auch die Aufgabe der Landespolitik - nicht nur der Arbeitgeber - Menschen ohne Berufsabschluss eine Perspektive zu eröffnen. Sie darf sich nicht damit zufriedengeben, dass jede/-r Sechste zwischen 25 und 34 keine Berufsausbildung hat.

#ausbildungsgerecht

- Allzu oft können junge Menschen ihre Ausbildung nicht beginnen, weil sie keinen Wohnraum am Ausbildungsort finden. Dieser Missstand kann beseitigt werden: Baden-Württemberg sollte zügig eine Förderrichtlinie für Azubiwohnen

auflegen. Das Geld vom Bund ist da, das Land muss jetzt aktiv werden.

#azubigerecht

- Die Höhe der Mieten ist vielerorts einfach nur Wahnsinn. Im Land fehlen mehr als eine viertel Million Sozialwohnungen. Es müssen dringend mehr geförderte Wohnungen gebaut werden. Gleichzeitig muss das Land einen eigenen Bestand an dauerhaft bezahlbaren Wohnungen aufbauen. Hierfür ist eine Landeswohnungsgesellschaft nötig.

#wohnungsgerecht

- Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser hat ein dramatisches Ausmaß erreicht. Die Krankenhausinvestitionen von aktuell rund 455 Millionen Euro jährlich sind vollkommen unzureichend. Für eine auskömmliche Versorgung sind 800 Millionen Euro notwendig. Mittlerweile fehlen landesweit fast 1.000 Hausärztinnen und -ärzte für die Versorgung in der Fläche. Das Land muss deutlich mehr Medizinstudiplätze einrichten.

#gesundheitsgerecht

- Die Einführung eines Mobilitätspasses ist der falsche Weg. Ja, wir wollen einen besseren ÖPNV in der Stadt und auf dem Land. Aber: Die Finanzierung der Mobilitätswende darf nicht den Pendler*innen in Form einer Nahverkehrsabgabe aufgebürdet werden. Sie ist die Aufgabe von Bund und Land. Der ÖPNV ist Teil der Daseinsvorsorge.

#mobilitätsgerecht